

Protokoll der Sitzung der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Datum: 19. März 2024
Ort: Hybride Sitzung (Camphausen-Saal der IHK Köln und MS Teams)
Zeit: 17:00-18:50 Uhr

Inhalt

Beschlussübersicht	4
Anlagen	4
Links	4
Begrüßung	5
TOP 1 Protokoll/Aktuelles	5
1.1 Protokoll der Sitzung vom 13. November 2023.....	5
1.2 Aktuelles.....	5
TOP 2 Politische Themen	7
2.1 Standortpolitik.....	7
2.1.1 Resolution „Impulse zum Masterplan Digitales Köln 2025“	7
2.2 Verkehrspolitik	8
2.2.1 Follow-up Resolution zur Nachtfluggenehmigung am Flughafen Köln.....	8
2.2.2 Follow-up Kampagne „Fairkehr“	9
2.2.3 Gutachten MIV-Grundnetz.....	9
2.3 Europapolitik	10
2.3.1 Aktionsplan Europawahl.....	10
TOP 3 IHK Köln	11
3.1 „IHK Köln der Zukunft“	11
3.3 Vollversammlungswahl.....	13
3.2.1 Wahl des Wahlausschusses.....	13
3.2.2 Vorläufiger Zeitplan.....	13
3.3 Gremien.....	14
3.3.1 Nachwahl in die Vollversammlung.....	14
3.3.2 Nachberufungen.....	14
3.3.3 Berichte aus den Gremien.....	14
TOP 4 Sonstiges	15

Teilnehmende der Sitzung der Vollversammlung am 19. März 2024

An der Sitzung teilgenommen haben:

Mitglieder der Vollversammlung

Nadja Albrecht, Susan Appleton, Anton Bausinger, Dr. rer. pol. Wolfgang Beckers-Schwarz, Ute Biernat, Stefan Bisanz, Julia Braschoß, Horst Burrenkopf, Fred Arnulf Busen, Gerald Böse, Bernhard Conin, Johannes Cramer, Julie Edelmann-Veith, Dr. Claudia Eßer-Scherbeck, Sylvia Fehn-Madaus, Carina Flosbach, Mike Gahn, Sven Gebhard, Tina Gerfer, Harald Goost, Bernhard Graner-Sommer, Dr. Nicole Grünewald, Jan Heitmann, Anna Heller, Heinz Peter Hinterecker, Mariska Hoffmann, Dr. Peter Huppertz, Jan Isenhöfer, Bruno Joachim, Dorothee Junck, Ralf-Richard Kenter, Frank Kofahl, Rainer Krauß, Roland Lenzing, Hendrik Loll, Dr. Sandra von Möller, Karin Naujoks, Frank Oelschläger, Hendrik Pilatzki, Jürgen Pütz, Christian Remmert, David Roth, Johannes Schilling, Helmut Schmitz, Diana Schramm, Wolfgang Schwade, Melanie Schwartz-Mechler, Dr. Arndt Selbach, Wilhelm Stollenwerk, Prof. Sibylle Stürmer, Prof. Christoph Willers, Astrid Windfuhr, Claudia Zimmer

Gäste

Felix Binsack, Anke Eickhoff, Michael Kahnert, Alexander Leisten, Ulrich Linnenberg, Sandra Mortsiefer, Prof. Dr. Werner Schwaderlapp, Georg Sprenger, Dr. Heribert Warken

Hauptamt

Dr. Kristel Degener, Gero Fürstenberg, Björn Gräff, Dr. Susanne Hartmann, Jörg Hausmann, Frank Hemig, Christopher Köhne, Detlef Kürten, Petra Lohmann, Jörg Löbker, Sandra Nickelsen, Dr. Tobias Rolfes, Michael Sallmann, Dieter Schiefer, Jaana Schnell, Dr. Uwe Vetterlein

Nicht teilnehmen konnten:

Mitglieder der Vollversammlung

Prof. Katja Becker, Thorsten Derichsweiler, Birgit Dircks-Menten, Katharina Esser, Nadine Freialdenhoven Marina Gouva, Prof. Dr. Werner Görg, Laura Günther, Stefanie Haaks, Markus Hetzenegger, Leon Heymann, Georg Holl, Uwe Kessel, Franz Josef Khalifeh, Oliver Kleinjohann, Stephan Knichel, Kolja Kolander, Nelly Kostadinova, Prof. Dr. Clarissa Kurscheid, Timo von Lepel, Heinrich Lieser, Stefan Löcher, Lothar Marschalleck, Susanne Merl, Dr. Michael Metten Dr. Wilhelm von Moers, Ralf Müller, Thomas Müller, Emitis Pohl, Tarja Radler, Jörn Richling, Norbert Rolf, Heribert Schamong, Hans-Ewald Schneider, Dr. Thilo Schumacher, Thomas Schumacher, Sven C. Sixt, Lionel Souque, Andreas Stamm, Arved Stiller, Stephanie Terbrüggen, Michael Volkmann, Dr. Markus Wiedenmann, Ursula Wintgens, Markus Wißkirchen, Sebastian Wolfram, Alexander, Wüerst, Turadj Zarinfar, Ortrun Zipperlin, Andreas Zittlau

Ehrenmitglieder der Vollversammlung

Paul Bauwens-Adenauer, Herbert Blank, Theodor Josef Greif, Hermann H. Hollmann, Claas Kleyboldt, Christian Peter Kotz, Karl Adolf Kriegeskorte, Dirk Malmede, Dr. Manfred Maus, Franz Sauer

Beschlussübersicht

Beschluss	Schlagwort
1	Protokoll vom 13. November 2023
2	Resolution „Impulse zum Masterplan Digitales Köln 2025“
3	Gutachten zum MIV-Grundnetz für die Stadt Köln
4	Wahl des Wahlausschusses

Anlagen

Anlage 1: Präsentation Projekt „IHK Köln der Zukunft“

Links

Video zur Situation Trankgasse <https://www.youtube.com/watch?v=hvp-CaM75d4&t=34s>
Video zur Situation Venloer Straße <https://www.youtube.com/watch?v=uK7wPC8Llu0&t=3s>
Berichte aus den Gremien <https://youtu.be/Al-jqIFM5Ak>

Begrüßung

Nicole Grünewald begrüßt die Mitglieder und Gäste der Vollversammlung im Camphausen-Saal sowie an den Bildschirmen und eröffnet die Sitzung.

Sie beginnt zunächst mit der Mitteilung, dass das Vollversammlungsmitglied Markus Müller-Drexel am 18. Januar 2024 plötzlich verstorben sei und bringt ihre große Trauer über dessen Tod zum Ausdruck. Sie würdigt Markus Müller-Drexel als ganz besonderen Menschen und Wegbegleiter, der die IHK Köln in vielfältigster Weise geprägt habe. Als langjähriges Mitglied unserer Vollversammlung und als leidenschaftlicher Co-Vorsitzender unseres Ausschusses für Umwelt & Energie habe er unser Haus zur führenden IHK bei seinem Herzensthema Nachhaltigkeit gemacht. Unser Wettbewerb „Going Circular“ und das Azubi-Programm „Circularity Scouts“ gingen auf innovative Impulse von ihm zurück. Sein positiver Spirit, seine Beharrlichkeit und sein stets wertschätzender Umgang blieben unvergessen. Markus Müller-Drexel sei ein visionärer Unternehmer, ein kreativer Kopf, ein kluger Sparringspartner und ein echter Freund gewesen. Er hinterlasse eine große Lücke. Sie bittet die Vollversammlung, sich zum Gedenken an Markus Müller-Drexel zu einer Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

TOP 1 Protokoll/Aktuelles

1.1 Protokoll der Sitzung vom 13. November 2023

Nicole Grünewald führt aus, dass zum Protokoll der Sitzung der Vollversammlung am 13. November 2023 ein Änderungswunsch von Alexander Wüerst eingegangen sei. Dem folgend werde vorgeschlagen, das Protokoll zu TOP 1 auf der Seite 12 zu korrigieren:

„Auf die Frage von Alexander Wüerst, welche operative Bedeutung der Verein IHK NRW für die IHK Köln habe, erläutert Uwe Vetterlein, dass die Zusammenarbeit beim Verein IHK NRW nur mit wenig Personal im Verein und durch personelle Ressourcen bei den IHKs organisiert sei. Eine wesentliche operative Bedeutung habe der Verein IHK NRW nicht. Auch Alexander Wüerst ~~wünscht~~ hätte sich unabhängig von der rechtlichen Bewertung eine Beschlussfassung durch die Vollversammlung vor dem Austritt gewünscht.“

Nachdem es keine Einwände oder weitere Änderungswünsche zum Protokoll gibt, leitet **Nicole Grünewald** zur Beschlussfassung über.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 13.11.2023 mit der genannten Änderung auf Seite 12.

Ja: 43

Enthaltung: 1

Nein: 0

1.2 Aktuelles

Nicole Grünewald berichtet, dass im Eingangsbereich der IHK Unter Sachsenhausen wie bereits angekündigt eine „Windrad-Schuldenuhr“ angebracht worden sei. Denn für den auf 2030 vorgezogenen Kohleausstieg wäre ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien erforderlich: In NRW müssten bis dahin 1.500 Windräder, Freiflächen-Photovoltaik in einer Größe von 15.000 Fußballfeldern und acht sehr große Gaskraftwerke gebaut werden, um die Kohleverstromung zu ersetzen. Die IHK Köln habe angekündigt zu

monitoren, wie sich der Zubau entwickeln werde. Dies werde mit der Windrad-Schuldenuhr plakativ gemacht. Seit 2023 bis heute seien nur 87 Anlagen ans Netz gegangen. Die Windrad-Schuldenuhr zähle die 1.413 noch fehlenden Windräder. Die Installation der Schuldenuhr habe man mit einer Pressekonferenz begleitet, die ein sehr großes Echo in der Medienlandschaft hervorgerufen habe. WDR, RTL West, Radio Köln, die Kölnische Rundschau und die Rheinische Post hätten über die Windrad-Schuldenuhr der IHK Köln berichtet. **Nicole Grünewald** führt aus, dass die IHK mit ihren berechtigten Zweifeln am Kohleausstieg 2030 unter den ersten gewesen sei. Die Erkenntnis, dass ein Kohleausstieg 2030 nicht realistisch sei, würde sich allerdings mittlerweile immer mehr durchsetzen. Nach wie vor gebe es von Seiten der Landesregierung auch keine Strategie für einen Ausstieg 2030, obgleich diese von der verantwortlichen Ministerin Mona Neubaur vor gut einem Jahr zugesagt worden sei. Statt Schuldzuweisungen bzgl. der Kraftwerkstrategie an die Bundesregierung müsse die Landesregierung als einer der Initiatoren des vorgezogenen Kohleausstiegs nun endlich einen realistischen Plan für die Transformation der Energieversorgung und den Strukturwandel im Rheinischen Revier vorlegen. Alles andere bringe den Wirtschaftsstandort NRW in Gefahr.

Weiter führt **Nicole Grünewald** aus, dass am heutigen Tage das Landeskabinett 19 sog. „Ankerprojekte“ für das Rheinische Revier mit einem Fördervolumen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro beschlossen habe. Bei der Auswahl der Projekte sei allerdings die Schaffung von Industriearbeitsplätzen, die für einen erfolgreichen Strukturwandel unabdingbar seien, kein Kriterium gewesen. Ausgewählt worden seien beispielsweise Modellvorhaben, die Fuß- und Radwege „Grünes Band“ und „Hambach Loop“ und die Wanderausstellung für mehr Nachhaltigkeit im Alltag sowie Forschungsprojekte. Gleichzeitig würden in den nächsten 5-10 Jahren im Rheinischen Revier nur wenige industriell nutzbare Gewerbeflächen neu ausgewiesen. Es sei damit zweifelhaft, wie die 15.000 Arbeitsplätze gleichwertig ersetzt werden sollen, die mit dem Kohleausstieg wegfallen würden. Die IHK Köln werde bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) und der Landesregierung weiterhin auf die Bereitstellung von Industrieflächen und den Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur drängen. Hierauf müssten auch die Fördermittel konzentriert werden. Die IHK Köln wolle eine wertschöpfende Wirtschaftsstruktur und keine Strukturen, die dauerhaft staatlich alimentiert werden müssten. Das Rheinische Revier sei – noch – eine starke Region. Die Wirtschaftskraft müsse in vollem Maße erhalten bleiben.

Nicole Grünewald geht im Weiteren auf die Nachricht über die Ansiedlungsentscheidung von Microsoft im Rheinischen Revier ein: Die Ansiedlung von zwei Rechenzentren (Hyperscalern) in Bergheim und Bedburg sei positiv zu bewerten – Grund für die Entscheidung sei der Schnittpunkt zweier wichtiger europäischer Datenleitungen. In den Rechenzentren selbst würden auf 38 ha Gewerbefläche jedoch nur 300 Arbeitsplätze geschaffen. Damit auch der Strukturwandel befördert und der Wohlstand in der Region erhalten werden könne, müssten im Umfeld nun zügig zusätzliche Gewerbeflächen als Digitalparks entwickelt werden, um die notwendigen neuen Arbeitsplätze zu schaffen – beispielsweise in Bedburg sei dies gut möglich. Hier komme die Forderung der IHK Köln zum Tragen, mehr Tempo bei der Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen zu machen. Hier müsse das Land die Kommunen bei deren Erschließung unterstützen. Darüber hinaus brauche ein Rechenzentrum sehr viel Strom. Umso wichtiger sei das Thema Energiesicherheit. Mit dieser Ansiedlung habe die NRW-Landesregierung jedenfalls nun noch mehr Verantwortung für die Versorgungssicherheit im Rheinischen Revier.

Nicole Grünewald begrüßt die nunmehr mögliche Entwicklung von Industrieflächen auf dem Knapsacker Hügel (dem sog. „Barbarahof“). Die IHK Köln habe sich dort seit langer Zeit für die Ausweisung zusätzlicher Industrieflächen eingesetzt. Diese Entwicklung sei über viele Jahre von der Abteilung Landesplanung des Wirtschaftsministeriums abgelehnt worden. Man habe Ministerin Neubaur im vergangenen Jahr angeschrieben und auf die Notwendigkeit der Entwicklungsbeschleunigung bei diesem Projekt hingewiesen. Ministerin Neubaur habe ihr und Uwe Vetterlein nun in einem Telefonat persönlich mitgeteilt, dass es grünes Licht für die Entwicklung von 100 ha brutto und 80 ha netto an Industriefläche gebe. An diesem Erfolg habe die IHK Köln einen hohen Anteil: Es habe sich ausgezahlt, an dem Thema konstant dranzubleiben. Damit Regionalplanung und kommunale Bauleitplanung nun Hand in Hand an einer schnellen Entwicklung arbeiten

können, stehe die IHK Köln in engem Austausch mit dem Regierungspräsidenten, der Bürgermeisterin und dem Bürgermeister der beteiligten Kommunen.

Nicole Grünewald kommt zurück auf den Beschluss vom vergangenen Jahr, dass die IHK Köln ihre Interessen bei der Landespolitik nun direkt vertreten werde. Der Geschäftsbereich Wirtschaft & Politik sei hier bereits sehr aktiv. Zusätzlich sei nun bereits zu Mitte April eine von zwei dafür geplanten Stellen „Koordination Landespolitik NRW“ besetzt worden. Eine weitere Stelle sei ausgeschrieben. Sie freue sich, dass dieser Bereich nunmehr noch schlagkräftiger aufgestellt werde.

Die Leitung der IHK-Geschäftsstelle Leverkusen Rhein-Berg sei bereits zum 1. Februar neu besetzt worden. Sie bittet **Jörg Hausmann**, den neuen Leiter der Geschäftsstelle, sich der Vollversammlung kurz persönlich vorzustellen.

Jörg Hausmann erläutert seine berufliche Erfahrung aus verschiedenen Kreditinstituten mit Schwerpunkt auf den Mittelstand und seine ehrenamtliche Arbeit bei der Unternehmensinitiative „Wir in Wermelskirchen Marketing e.V.“. Er berichtet, dass er nach einer Einarbeitungsphase im IHK Haupthaus mittlerweile in der Geschäftsstelle seine Arbeit aufgenommen habe. Er habe ein motiviertes Team vorgefunden und stehe nun als Ansprechpartner für Unternehmen in Leverkusen und im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Verfügung. Einen ersten Schwerpunkt seiner Arbeit würden er und sein Team darin sehen, künftig die Unternehmen noch stärker als bisher zu besuchen, um sich ein genaues Bild der Wirtschaft in der Region und über ihre Bedürfnisse machen zu können. Darüber hinaus sei er sehr angetan, wie viele Leistungen die IHK Köln den Unternehmen bieten könne. Diese noch bekannter zu machen, sei ihm ebenfalls ein Anliegen.

Nicole Grünewald weist auf eine Reihe von Veranstaltungen der IHK Köln zum Themenbereich Beschäftigung geflüchteter Menschen, speziell auch aus der Ukraine, hin. Michael Zygojannis kümmere sich innerhalb der IHK Köln um das Thema Ukraine und sei Ansprechpartner für alle Unternehmen aus der Region, die Wirtschaftskontakte in der Ukraine suchen. Dazu gehöre auch die Vernetzung von Unternehmen aus der Ukraine und dem IHK-Bezirk sowie der Aufbau neuer Geschäftsbeziehungen wie auch Unterstützung bei der Einstellung von Geflüchteten. Sie nennt das Webinar „Fokus Ukraine“ am 17. April, eine Präsenzveranstaltung am 16. Mai zum Thema „Fokus Unternehmen: Was müssen Unternehmen wissen, um Geflüchtete zu beschäftigen“, die Ukraine Recovery Conference der Bundesregierung am 11. und 12. Juni, das Business Breakfast Ukraine in der IHK Köln am 19. Juni und das 7. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum am 12. November. Außerdem verweist sie auf eine Unternehmensreise in die Ukraine, die initiiert würde, wenn die Lage es dort zulassen werde.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob es Nachfragen zu den eben behandelten Themenbereichen gebe. Dies ist nicht der Fall. Sie leitet über zum nächsten Tagesordnungspunkt.

TOP 2 Politische Themen

2.1 Standortpolitik

2.1.1 Resolution „Impulse zum Masterplan Digitales Köln 2025“

Nicole Grünewald führt aus, dass die Stadt Köln einen Masterplan Digitales Köln 2025 angekündigt habe, der sich in drei Teilbereiche aufgliedere: 1. Digitale Verwaltung, 2. Smart City und 3. Datenökonomie. Sie übergibt

Vizepräsident und Co-Vorsitzenden des Ausschusses Digitales und Innovation, **Mike Gahn**, das Wort für weitere Ausführungen.

Mike Gahn erläutert, der Teilbereich 1 dieses Masterplans sei an eine externe Agentur vergeben worden. Die Teilbereiche 2. Smart City und 3. Datenökonomie seien noch offen. Deshalb habe der Ausschuss für Digitales & Innovation der IHK Köln eine Resolution „Impulse zum Masterplan Digitales Köln 2025“ mit für die Wirtschaft relevanten Anregungen erarbeitet, die von der Stadt im weiteren Prozess berücksichtigt und integriert werden sollen. Vor allem solle die regionale Wirtschaft an den unternehmensrelevanten Fragestellungen beteiligt und eingebunden werden. Im Weiteren verweist er auf die versendete Vorlage. Er erkundigt sich, ob es Fragen zum Thema gibt. Dies ist nicht der Fall.

Nicole Grünewald leitet zur Beschlussfassung über.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Resolution „Impulse zum Masterplan Digitales Köln 2025“ in der vorgelegten Form.

Ja: 43

Enthaltung: 2

Nein: 0

2.2 Verkehrspolitik

Nicole Grünewald führt aus, dass die Ost-West-Achse eines der wichtigsten Projekte in der Stadt Köln sei, einerseits für die Ertüchtigung des ÖPNV, aber andererseits auch für die Stadtentwicklung generell. Aus Sicht der IHK Köln könne dieses nur mit einer Tunnellösung umgesetzt werden, die mindestens vom Heumarkt bis zum Aachener Weiher reiche. Hierzu habe es bereits im Jahr 2018 eine Sondervollversammlungssitzung zum Thema und eine klare Resolution gegeben. Diese Haltung wurde in den Jahren 2022 und 2023 genauso klar bestätigt. Die politische Entscheidung über die Ost-West-Achse stehe jedoch nach wie vor aus. Von Seiten der Kölner CDU und der SPD sei der IHK Köln zugesagt worden, dass es gelingen würde, eine politische Mehrheit für die unterirdische Variante zu organisieren. Auch die Förderfähigkeit der Tunnelvariante sei mittlerweile bejaht worden. Leider sei die Haltung der SPD plötzlich nicht mehr klar. Die IHK fordere die im Rat vertretenen Parteien vehement auf, in dieser für Köln und die Region zentralen Zukunftsfrage konstruktiv zusammenzuarbeiten und eine Entscheidung für den Tunnel zeitnah zu ermöglichen.

2.2.1 Follow-up Resolution zur Nachtfluggenehmigung am Flughafen Köln-Bonn

Nicole Grünewald erläutert, dass die Vollversammlung sich in ihrer Sitzung im Dezember 2023 für eine zeitnahe Verlängerung der Nachtflugregelung des Flughafens Köln-Bonn über das Jahr 2030 hinaus für einen möglichst langen Zeitraum ausgesprochen habe und bittet **Uwe Vetterlein**, zur aktuellen Entwicklung zu berichten.

Uwe Vetterlein führt aus, dass es im Nachgang zum Beschluss der Vollversammlung intensive Gespräche mit betroffenen Unternehmen, der Flughafengesellschaft sowie der Politik darüber gegeben habe, wie möglichst schnell eine Entscheidung zur Verlängerung der Nachtfluggenehmigung erreicht werden könne. Es gebe auf allen Seiten das Ziel, den Nachtflug zu erhalten, es lägen jedoch Unterschiede in der rechtlichen und politischen Bewertung vor. So sei behauptet worden, es gäbe keinen hinreichenden „öffentlichen Anlass“, um das formale Verfahren „vorzeitig“ einzuleiten. Aus Sicht der IHK sei aber dies bereits durch die dringend notwendige Planungssicherheit für die Unternehmen zu bejahen. In politischer Hinsicht werde auf jeden Fall ein Beteiligungsverfahren notwendig sein, sodass das Verfahren auf jeden Fall vor der nächsten Landtagswahl

(2027) auf dem Weg sein müsse. **Uwe Vetterlein** erläutert, dass die Gespräche zwischen allen Parteien weiter fortgeführt werden sollen, um zügig Fortschritte zu erzielen. Die Rechtsfrage werde derzeit geprüft.

2.2.2 Follow-up Kampagne „Fairkehr“

Nicole Grünewald berichtet zum aktuellen Stand der in der Vollversammlungssitzung im September 2023 beschlossenen Schritte zur Kampagne „Fairkehr“. So sei die Ankündigung der Kampagne mit einem Brief an die Oberbürgermeisterin, den Verkehrsdezernenten, die Fraktionsspitzen und die verkehrspolitischen Sprecher erfolgt. Auch seien die Videos mit den betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern auf der Venloer Straße und aus dem Umfeld der Trankgasse bereits erstellt und veröffentlicht. Weitere Videos mit O-Tönen seien in Vorbereitung, ebenso ein Podcast zum Thema.

Sie übergibt das Wort an **Christopher Köhne**, Referent aus dem Geschäftsbereich Wirtschaft & Politik, der die online eingestellte Köln-Karte mit den Verkehrsversuchen und anderen kritischen Eingriffen erläutert. Er zeigt auch einen Ausschnitt des mit der Karte verlinkten online gestellten Videostatements zur Trankgasse, den man hier abrufen kann: <https://www.youtube.com/watch?v=hvp-CaM75d4>

Uwe Vetterlein ergänzt, dass bei der „Verkehrswende“ zu häufig eine Politik gegen den Autoverkehr und nicht für eine bessere Mobilität verfolgt werde. Die Folgewirkungen auf die einzelnen Stadtquartiere würden zu wenig berücksichtigt. Der intensive Austausch mit den Betroffenen, Politik und Verwaltung werde fortgesetzt.

Heribert Warken schlägt vor, auch die vielen Dauerbaustellen im Innenstadtbereich in diese Karte aufzunehmen. Auch diese würden den Verkehrsfluss stark beeinträchtigen. Uwe Vetterlein sagt die laufende Erweiterung der Karte zu.

Nicole Grünewald berichtet, dass für den Sommer 2024 eine Veranstaltung zum Thema „Fairkehr“ in Planung sei, bei der im Rahmen einer Podiumsdiskussion der Verwaltung und Politik die Belange der Wirtschaft deutlich gemacht werden sollen.

Sie erkundigt sich, ob es weitere Fragen zum Thema gibt. Dies ist nicht der Fall. Sie leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

2.2.3 Gutachten MIV-Grundnetz

Nicole Grünewald berichtet, dass im Zuge der sog. „Verkehrswende“ die Verwaltung der Stadt Köln den Auftrag erhalten habe, ein „MIV-Grundnetz“ im Gebiet der Stadt Köln zu definieren, auf dem künftig weiterhin Autoverkehr stattfinden und so die Erreichbarkeit auch aus dem Umland sichergestellt werden könne. Die Stadtverwaltung habe eine erste Vorlage des MIV-Grundnetzes vorgelegt. Außerhalb dieses Grundnetzes seien aus Sicht der Verwaltung wesentliche Einschränkungen für den Autoverkehr möglich.

Nicole Grünewald erläutert, dass die IHK Köln natürlich zunächst davon ausgegangen sei, dass diese Verwaltungsvorlage auf Basis einer gutachtlichen Grundlage erstellt würde. Jedoch sei auf Nachfrage bestätigt worden, dass die Vorlage ohne externe fachliche Begleitung von der Verwaltung selbst erarbeitet worden sei. Sie betont, dass das MIV-Grundnetz für die Zukunft der Mobilität in der Stadt Köln selbst und auch für die Erreichbarkeit von Zielen in der Stadt aus dem Umland von außerordentlicher Bedeutung sei und daher fachlich fundiert erarbeitet werden müsse. Das sei jedoch von Seiten der Stadt Köln nicht vorgesehen. Daher empfehle das Präsidium der Vollversammlung, die Erstellung eines Gutachtens zum MIV-Grundnetz für Köln zu beschließen. Die Kosten eines solchen Gutachtens würden sich im Rahmen von 80-100.000 Euro bewegen.

Uwe Vetterlein ergänzt, dass ein solches Gutachten helfen könne, im politischen Diskurs einen vernünftigen Netzzuschnitt zu erreichen, damit die Mobilität in Köln und die Handlungsfähigkeit der Unternehmen langfristig gesichert werden könne.

Frank Oelschläger erläutert, dass mit Blick auf den am 24. Juni zu erwartenden Ratsbeschluss dringender Handlungsbedarf bestünde. Er befürworte auch aus seiner Position als Co-Vorsitzender des Mobilitätsausschusses ausdrücklich die Erarbeitung eines fachlichen Gutachtens zum MIV-Grundnetz für die Stadt Köln.

Auf die Frage von **Jan Isenhöfer**, inwieweit die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln in die Thematik mit einbezogen sei, erläutert **Nicole Grünewald**, dass selbstverständlich auch Henriette Reker angeschrieben und informiert worden sei. Sie habe die Sache an den Verkehrsdezernenten weitergeleitet.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen gibt, leitet **Nicole Grünewald** zur Beschlussfassung über.

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Erarbeitung eines fachlichen Gutachtens zum MIV-Grundnetz für die Stadt Köln.

Ja: 46

Enthaltung: 2

Nein: 1

2.3 Europapolitik

2.3.1 Aktionsplan Europawahl

Nicole Grünewald weist zunächst mit Blick auf die anstehende Europawahl auf eine Veranstaltung gemeinsam mit dem Kölner Presseclub am 11. April mit dem Titel „Überlebt Europa?“ hin, die in der IHK Köln im Merkens-Saal stattfinden würde. Gast sei der ehemalige luxemburgische Außenminister Jean Asselborn. Eine entsprechende Einladung werde den Vollversammlungsmitgliedern noch zugesendet. Weiter berichtet sie, dass am 25. April in der IHK Köln eine Veranstaltung mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl für unseren IHK-Bezirk stattfinden werde. Auch hierzu würden die Mitglieder der Vollversammlung noch einmal gesondert eingeladen.

Nicole Grünewald fasst die Themen des beschlossenen Aktionsplans Europa noch einmal zusammen:

- Flüchtlingsproblematik lösen
- Arbeitskräftezuwanderung organisieren
- Bürokratische Hemmnisse abbauen (Lieferkettengesetz etc.)
- Freihandel fördern, Protektionismus verhindern (CBAM)
- Versorgungssicherheit (Energie, Rohstoffe) gewährleisten
- Verkehrs- und Energie-Infrastruktur fördern
- Industrie in Europa halten

Auf dieser Grundlage und aus den beschlossenen Europapolitischen Positionen der DIHK seien Wahlprüfsteine erarbeitet und auf der Landingpage www.ihk-koeln.de/europawahl veröffentlicht worden. Zurzeit seien die Gremien der IHK Köln mit den europapolitischen Fragen befasst. Im direkten Vorfeld der Wahlen werden alle Kandidierenden aus unserem IHK-Bezirk gebeten, ihre Antworten auf wirtschaftsspezifische Fragen per

Videostatement einzureichen. Die Videos werden auf der IHK-Webseite und in unseren Sozialen Medien veröffentlicht.

Fred Arnulf Busen betont die Bedeutung der Europapolitik und regt an, dass die IHK Köln künftig auch Delegationsreisen nach Brüssel anbieten könnte, um regionalen Stimmen vor Ort in Brüssel zur Geltung zu verhelfen.

Nicole Grünewald nimmt den Vorschlag gerne auf und weist darauf hin, dass auch DIHK-Ausschüsse gelegentlich in Brüssel tagten.

TOP 3 IHK Köln

3.1 „IHK Köln der Zukunft“

Nicole Grünewald erläutert, dass die Arbeiten am Projekt „IHK Köln der Zukunft“ planmäßig voranschreiten. Die Grundlagenermittlung und Vorplanung (Leistungsphasen 1 und 2) seien seit Ende Januar abgeschlossen. Schilling Architekten würden von nun an der Einreichung des Bauantrags arbeiten. Ab Juli werde mit den Rückbauarbeiten im Gebäude Unter Sachsenhausen begonnen. Sie bittet **Georg Sprenger**, Projektleiter der IHK Köln, um seinen Bericht.

Georg Sprenger berichtet zum aktuellen Stand. Er zeigt anhand einer Präsentation (Anlage 1) die architektonischen Planungen für das IHK-Gebäude, insbesondere die Planungen für das Erdgeschoss und das erste Obergeschoss. Auch zeigt er die Darstellung der künftigen Außenansicht vom Börsenplatz. An den Fassadenteilen würden in Abstimmung mit dem Denkmalschutz Sanierungsarbeiten durchgeführt. Er erläutert, dass der Börsen-Saal und der Camphausen-Saal denkmalgerecht erhalten blieben. Allerdings werde die Technik gänzlich modernisiert. Auch werde der Börsen-Saal durch eine variable Wand trennbar gestaltet, um die Flexibilität zu erhöhen. Der IHK-Eingangsbereich werde einladend, offen und lichtdurchflutet gestaltet. Im Bereich des ersten Obergeschosses werde der Aus- und Weiterbildungsbereich mit Seminar- und Prüfungsräumen geplant. Auch werde im ersten Obergeschoss neben Seminarräumen ein attraktiver Beratungsbereich geplant. Georg Sprenger geht beispielhaft auf die Planungen für die Büros im dritten Obergeschoss ein. So würden die Bürobereiche teils offen, teils geschlossen gestaltet, um den Ansprüchen an ein modernes Arbeiten gerecht zu werden. Die Gestaltung biete größtmögliche Flexibilität und vereine kommunikative Flächen mit Bereichen für konzentriertes Arbeiten.

Mit Verweis auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Darstellung zur Kostenberechnung erläutert **Georg Sprenger**, dass die Kostenermittlung von Schilling Architekten durch zwei weitere Berechnungen ergänzt worden seien: zum einen seine eigene Kostenbewertung sowie die des Büros Schiffers Bauconsult, ein bundesweit und international tätiges Beratungsunternehmen im Bausektor, das mit der Überprüfung der Kostenermittlung beauftragt worden sei. Schilling Architekten komme bei der Ermittlung der Gesamtkosten auf 99 Millionen Euro, die Berechnungen von Georg Sprenger auf 96 Millionen Euro und die Überprüfung durch Schiffers Bauconsult auf 98 Millionen Euro. Man bewege sich somit aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln überprüft weiterhin innerhalb des Kostenbudgets.

Weiter zeigt **Georg Sprenger** anhand der Präsentation die bereits erfolgten Planungsaufträge, darunter Schadstoff- und Bodengutachten sowie Prüfstatistik. Der Bauantrag werde im April 2024 abgegeben, und es werde mit einer Dauer von ca. einem Jahr bis zur Erteilung der Baugenehmigung gerechnet. Im Sommer 2024 werde mit dem Rückbau begonnen, u. a. mit dem aufwendigen Rückbau der denkmalgeschützten

Holzverkleidungen. Der Umzug in das Interimsgebäude sei auf den 16. Oktober 2024 terminiert. Für März 2025 wird mit der Baugenehmigung gerechnet. Der Beginn des Abbruchs erfolge dann im April 2025 und der eigentliche Baubeginn im Oktober 2025.

Nicole Grünewald ergänzt, dass die Kolleginnen und Kollegen des IHK-Weiterbildungszentrums in der Eupener Straße zum Ende des Jahre 2024 ebenfalls in das Interim umziehen würden und dann alle Mitarbeitenden in Köln unter einem Dach untergebracht seien. Das sei bereits ein großer Vorteil im Vergleich zur heutigen Situation mit Unter Sachsenhausen und der Eupener Straße. Da auf Grundlage der Kostenschätzungen keine Änderungen am beschlossenen vorläufigen Bauwirtschaftsplan nötig seien, sei in der heutigen Sitzung keine erneute Beschlussfassung erforderlich.

Auf Nachfrage von **Helmut Schmitz**, ob ausreichend Prüfungsräume für mündliche Prüfungen im künftigen Gebäude vorgesehen seien, erläutert Uwe Vetterlein, dass diese auf den Etagen 1 bis 3 angeordnet worden seien. Insgesamt seien hierfür 16 Räume geplant. **Nicole Grünewald** ergänzt, dass das Konzept und der Raumbedarf nach den Vorarbeiten von Drees & Sommer mit den IHK-Mitarbeitenden in einem gemeinsamen Prozess erarbeitet worden sei, um alle Anforderungen für den IHK-Betrieb im neuen Gebäude abbilden zu können. Das Gebäude würde im Rahmen der Möglichkeiten deutlich erweitert, gerade um für die Berufsbildung ausreichend Raum zu schaffen.

Sandra von Möller fragt nach der Kostengruppe 600 „Ausstattung und Kunstwerke“, die bei einer Kostenermittlung mit 500 T Euro angegeben worden sei, jedoch bei den zwei weiteren Ermittlungen mit 0 Euro. **Georg Sprenger** erläutert hierzu, dass es sich um eine unterschiedliche Eingruppierung von Ausstattungsaufwand handele. Die Kosten seien aber bei allen Berechnungen erfasst und berücksichtigt.

Jürgen Pütz erfragt, warum die Kosten für Interim und Umzug in der vorläufigen Bauwirtschaftsplanung um 440 T Euro geringer angegeben worden seien. **Georg Sprenger** erläutert, dass es sich um die reinen Umzugskosten handele, die aus Vorsicht entsprechend kalkuliert worden seien.

Wolfgang Beckers-Schwarz hinterfragt, warum noch in diesem Jahr der Umzug durchgeführt und erste Abrissmaßnahmen geplant seien, obwohl mit dem Erhalt der Baugenehmigung erst im Frühjahr 2025 gerechnet werde. Seine Sorge ist, wie sicher die Erteilung einer Baugenehmigung sei.

Uwe Vetterlein erläutert, dass es bereits eine Baugenehmigung für den aktuellen Standort gegeben habe und dass zum anderen ein enger und konstruktiver Dialog mit der Stadtverwaltung geführt werde. So sei auch der Denkmalschützer der Stadt Köln in den laufenden Prozess eng eingebunden. Deshalb sei das gesamte Team sehr zuversichtlich, dass eine Genehmigung als solche nicht infrage stünde. Die schlechte Baukonjunktur lasse eine Genehmigung innerhalb eines Jahres realistisch erscheinen. Zudem habe das Gebäude Unter Sachsenhausen ohne Modernisierung keine Zukunft. Nahezu wöchentlich komme es zu aufwendigen Reparaturarbeiten und Instandhaltungsmaßnahmen, die – gerade auch mit Blick auf die Kosten – nicht mehr länger tragbar seien.

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gibt, bedankt sich **Nicole Grünewald** bei **Georg Sprenger** für seine Ausführungen und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

3.3 Vollversammlungswahl

3.2.1 Wahl des Wahlausschusses

Nicole Grünewald weist darauf hin, dass Ende 2024 die nächste Vollversammlungswahl anstehe. Sie erläutert, dass zur Durchführung der Vollversammlungswahl die Vollversammlung auf Vorschlag des Präsidiums gemäß der IHK-Wahlordnung einen Wahlausschuss wähle, der aus drei Mitgliedern und drei Stellvertretungen bestehe. Keine dieser sechs Personen dürfe bei der Vollversammlungswahl kandidieren. Der Wahlausschuss gewährleiste durch seine Kontrollfunktion die ordnungsgemäße und rechtssichere Gestaltung der Vollversammlungswahl. Er lege die Wahlfristen fest und bestimme die Listen der Wahlberechtigten sowie die Kandidierendenlisten. Auch kontrolliere er das von der Hauptgeschäftsführung berufene Wahlorganisationsteam und überprüfe alle wichtigen Verfahrensschritte. **Nicole Grünewald** führt weiter aus, dass sich folgende Personen bereit erklärt hätten, für die Ämter zur Verfügung zu stehen:

- Christine Bernard, Rechtsanwältin und Syndikusrechtsanwältin, Bayer AG Leverkusen und Vizepräsidentin der Rechtsanwaltskammer Köln
- Michael Pfeiffer, Co-Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, Geschäftsführender Gesellschafter der Wiehler Business Funds GmbH & Co. KG
- Manuela Czowalla, Co-Vorsitzende des Ausschusses für Rechts- & Steuerpolitik, Senior Legal Counsel der Dentsu Aegis Network Germany GmbH

Als Vertretung stünden bereit:

- Roland Ketterle, Präsident des Landgerichts Köln
- Dr. Siegfried Streit, Geschäftsführer Streit Consult GmbH, öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Informationssysteme
- Benno Scharpenberg, Präsident des Finanzgerichts Köln

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gibt, leitet **Nicole Grünewald** zur Beschlussfassung über.

Die Vollversammlung der IHK Köln wählt die oben genannten Personen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder in den Wahlausschuss

Ja: 48

Enthaltung: 0

Nein: 0

3.2.2 Vorläufiger Zeitplan

Nicole Grünewald berichtet, dass das Präsidium einen vorläufigen Zeitplan für den Ablauf der Vollversammlungswahl vorschlage, der vom Wahlausschuss nach dessen Einsetzung final beschlossen werden müsse. Die Wahl zur Vollversammlung sei vom 1. Oktober bis zum 4. November 2024 geplant, die Stimmauszählung solle am 7. November 2024 stattfinden. Erstmals werde die Wahl neben der klassischen Briefwahl auch in digitaler Form durchgeführt.

Nicole Grünewald stellt den als Anlage 6 zu den Sitzungsunterlagen beigefügten Zeitplan vor. Die erste Sitzung des Wahlausschusses finde im April 2024 statt, dann erfolge die öffentliche Bekanntmachung der Wahlfristen. Vom 23. April bis zum 6. Mai 2024 erfolge die Auslage der Wählerlisten im Haupthaus und in den Geschäftsstellen. Die Einspruchsfrist gegen die Wählerlisten laufe vom 7. bis 13. Mai 2024. Die Einreichung von Wahlvorschlägen erfolge in der Zeit vom 14. Mai bis 3. Juni 2024. Im Juni 2024 werde der Wahlausschuss

erneut tagen und die Wahlvorschläge prüfen. Die Nachfrist für Wahlvorschläge laufe dann vom 11. bis 25. Juni 2024. Ende Juni 2024 werde der Wahlausschuss die abschließende Entscheidung für die Kandidierendenliste treffen und diese im Anschluss veröffentlichen. In der Zeit vom 1. Oktober bis 4. November 2024 finde schließlich die hybride Vollversammlungswahl statt: Eine Stimmabgabe könne per Briefwahl oder elektronisch erfolgen.

Nicole Grünewald erläutert, dass die Wahl nicht ausschließlich elektronisch durchgeführt werden solle, da sich die elektronische Wahl zunächst etablieren müsse. Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und nicht zu reduzieren, würden daher in diesem Jahr beide Wahlmöglichkeiten offeriert. Am 7. November 2024 erfolge die Stimmauszählung und die erneute Sitzung des Wahlausschusses, der am gleichen Tage das Wahlergebnis feststelle und bekanntgebe. Im Januar 2025 finde die konstituierende Sitzung der neuen Vollversammlung statt.

Nachdem es keine Fragen oder Anmerkungen gibt, leitet **Nicole Grünewald** zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

3.3 Gremien

3.3.1 Nachwahl in die Vollversammlung

Nicole Grünewald berichtet, dass **Dr. Christoph Tettinger**, Geschäftsführer der CBT–Caritas–Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH, zur Nachwahl in der Wahlgruppe 29 vorgeschlagen worden sei. Er sei jedoch terminlich verhindert, sodass der Tagesordnungspunkt auf die nächste Vollversammlungssitzung verschoben werde. **Dr. Christoph Tettinger** solle wie üblich die Gelegenheit erhalten, sich der Vollversammlung vor seiner Wahl persönlich vorzustellen.

3.3.2 Nachberufungen

Nicole Grünewald informiert, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 28. Februar 2024 weitere Mitglieder in die Ausschüsse für Umwelt & Energie, Digitales & Innovation, in die Beratende Versammlung Oberberg sowie den Sachverständigenausschuss berufen habe. Sie verweist auf die Anlage 7 der Sitzungsunterlagen, in der die berufenen Personen aufgeführt seien.

3.3.3 Berichte aus den Gremien

Um die Berichte aus den Gremien komprimierter und kurzweiliger zu gestalten, seien diese erstmals als Videostatements aufgenommen worden, so **Nicole Grünewald**. Die Videos mit den kurzen Zusammenfassungen aus den Gremien werden der Vollversammlung gezeigt. Im Anschluss an die Vollversammlung sollen die Videos auch als Informationen zu den Gremienseiten im Internet hinzugefügt werden. Die Videos sind außerdem im YouTube-Kanal der IHK Köln abrufbar unter <https://youtu.be/Al-jqIFM5Ak>

Dr. Claudia Eber-Scherbeck bittet als Co-Vorsitzende des IHK Ausschusses für Umwelt & Energie und als Mitglied des DIHK Ausschusses Energie und Umwelt um das Wort. Sie habe aus terminlichen Gründen an den Videoaufzeichnungen nicht teilnehmen können. Sie drückt zunächst noch einmal ihre tiefe Betroffenheit über den plötzlichen Tod von Markus Müller-Drexel aus, der den Ausschuss für Umwelt & Energie als Co-Vorsitzender entscheidend geprägt habe. Die letzte Ausschusssitzung sei daher vertagt worden.

Die Arbeit sei nunmehr mit der inhaltlichen Planung des IHK-Energietaags fortgesetzt worden, der voraussichtlich im Mai 2024 stattfinden werde. In der nächsten Ausschusssitzung sollen u. a. die Wahlprüfsteine für die kommende Europawahl und die kommunale Wärmeplanung behandelt werden. Weiter berichtet sie von ihrer Teilnahme am DIHK-Ausschuss Energie und Umwelt. Die letzte Sitzung habe in Brüssel stattgefunden, bei der die Positionen der Unternehmen deutlich vor Ort vorgebracht worden seien. Aktuelle Themen seien insbesondere der hohe Bürokratieaufwand und die Berichtsführungspflichten.

Nicole Grünewald bedankt sich herzlich bei allen Ausschussmitgliedern für die sehr gute und aktive Arbeit und die interessanten Einblicke.

TOP 4 Sonstiges

Nachdem es keine weiteren Themen gibt, schließt Nicole Grünewald die Sitzung um 18:50 Uhr. Sie bedankt sich bei den Mitgliedern und Gästen sehr herzlich für die Teilnahme, die konstruktiven Diskussionen und die klaren Abstimmungsergebnisse. Sie verabschiedet die Teilnehmenden an den Bildschirmen und lädt alle Anwesenden zu einem gemeinsamen Snack und einen Umtrunk ein.

Köln, 26.03.2024



Dr. Nicole Grünewald
Präsidentin der IHK Köln



Dr. Uwe Vetterlein
Hauptgeschäftsführer der IHK Köln



Jaana Schnell
Protokollantin